

<b>ANFRAGE</b>  Stadtrat Jürgen Wenzel (FW)  vom 20. März 2015	Gremium:  Termin: Vorlage Nr.: TOP:	<b>11. Plenarsitzung Gemeinderat</b>  <b>28.04.2015</b> <b>2015/0182</b> <b>24</b> <b>öffentlich</b>
<b>Jugendkriminalität - Haus des Jugendrechts</b>		

Nachdem just die Stadt Mannheim nach Stuttgart und Pforzheim ein "Zentrum gegen Jugendkriminalität" eingerichtet hat, stellen wir folgende Anfrage:

- A. Wie hoch ist die Jugendkriminalität in unserer Stadt?
- B. Wie hoch ist darunter der Prozentsatz der Jugendlichen mit Migrationshintergrund?
- C. Wie hoch ist die Aufklärungsquote in der Jugendkriminalität??
- D. Ist die Stadtverwaltung mit uns der Meinung, dass die vor etwa 10 Jahren debattierte, aber sodann eingeschlafene Diskussion zur Einrichtung einer Stelle gegen Jugendkriminalität gemeinsam mit der Sozial- und Jugendbehörde, der Polizei und der Staatsanwaltschaft wieder aufgenommen werden sollte?
- E. Wie steht die Verwaltung zur Errichtung eines „Zentrum gegen Jugendkriminalität“ bzw. „Hauses des Jugendrechtes“ nach Pforzheimer Muster?

**Sachverhalt / Begründung:**

Stuttgart wie Pforzheim haben mit der engen Verzahnung der Zusammenarbeit von Staatsanwaltschaft, der Polizei und dem Jugendamt sehr gute Erfahrungen durch eine raschere Reaktion auf die Straftaten von Jugendlichen und im Interesse dieser

Jugendlichen gemacht. In Pforzheim ist die Zahl jugendlicher Intensivtäter seit der Einrichtung des Hauses des Jugendrechts um 37 % zurückgegangen, was durchaus auf die Präventivwirkung der neuen Einrichtung zurückgeht.

Wir erfahren durch die Berichte der Polizei, dass die Jugendkriminalität in unserer Stadt mit einer nicht zufrieden stellenden Aufklärungsquote ein virulentes Problem darstellt. Seit kurzem haben die Einbruchsdelikte, das Aufbrechen und Beschädigen von Autos oder die Überfälle auf Personen und Jugendlichen auf offener Straße etc. erheblich zugenommen. Ein hilfreiches und präventives Vorgehen der für die Behandlung und Aufklärung von Übergriffen zuständigen Stellen bedeutet ein mehr an Sicherheit für Karlsruhe und dadurch einen Riegel gegen die Diskriminierung von bestimmten gesellschaftlichen Gruppierungen.

unterzeichnet von:

Jürgen Wenzel

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -

17. April 2015